



Wahlprogramm zur Kreistagswahl im Main-Taunus-Kreis

März 2016

Inhalt

Präambel	1
Demokratie	1
Familie	2
Bildung	2
Schulsystem	2
Ganztagsbetreuung	3
Kunst, Kultur und Breitensport	3
Medizinische Versorgung	3
Umweltschutz, Verbraucherschutz, Lärmschutz	4
Umweltschutz	4
Verbraucherschutz	4
Lärmschutz	4
Bürokratieabbau	5
Finanzen	5
Wirtschaftsförderung	6
Verkehrspolitik	6
Gleichberechtigung der unterschiedlichen Mobilitätskonzepte	6
Erhalt der Kreis- und Gemeindestraßen	6
Wichtige Verkehrsprojekte des Kreises	7
Sicherheit und Ordnung	7
Polizeiarbeit	7
Feuerwehr	8
Immigration und Integration	8



Präambel

Die Alternative für Deutschland ist eine bürgerliche, freiheitliche, sozial-konservative Partei.

Die AfD ist aus einer Bewegung vieler engagierter, besorgter und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft entstanden, die das Versagen der politischen Führung in der Eurokrise und bei der Bewältigung politischer Probleme, wie etwa dem Asylchaos, nicht mehr hinnehmen konnten und wollten.

Die Alternative für Deutschland will Demokratie, Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, Subsidiarität und Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards, vor allem aber die Freiheit bewahren und, wo nötig, wiederherstellen.

Wir sehen aber heute mit Sorge, dass diese Freiheit und damit auch Demokratie zunehmend verloren geht. Andersdenkende werden ausgegrenzt oder müssen gar berufliche Nachteile fürchten. Dieses ist einer Demokratie unwürdig. Zu dieser gehört die Freiheit mündiger Bürger.

Zudem stellen wir eine abnehmende Partizipation der Bürger am politischen Leben fest. Sie sollen wieder stärker am politischen Leben teilnehmen.

Außerdem will die Alternative für Deutschland den elementaren Prinzipien, die in der Eurokrise von der Regierung verletzt wurden, insbesondere dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, der Verantwortung, der Solidarität, der Transparenz und der Nachhaltigkeit, wieder Geltung verschaffen.

Wir wollen unser ideelles und materielles Erbe sichern, um es so der nächsten Generation übergeben zu können.

Demokratie

Die etablierten Parteien haben zu viel Macht und greifen in zu viele Lebensbereiche der Bürger ein. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diesen Einfluss zurück zu drängen. Parteien dienen der Willensbildung des Volkes, nicht seiner Kontrolle und Manipulation. Um den Bürgern ihre Rechte zurück zu geben, plädieren wir für Mitspracherechte nach Schweizer Vorbild durch Bürgerentscheide, auch und insbesondere auf kommunaler Ebene.



Die Abgeordneten der AfD werden über ihre Tätigkeit und ihr Abstimmungsverhalten allen interessierten Bürgern Rechenschaft ablegen.

Familie

Die AfD will eine familienfördernde Politik. Wir streben Lebensumstände an, die es Familien ermöglicht, sich wieder für mehr Kinder zu entscheiden. Nicht mehr Einwanderung ist unsere Zukunft, sondern mehr Familie. Die Kinder sollen eine gute Bildung erhalten und ihre Familien die dafür notwendige Unterstützung. Wir sind deshalb für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in öffentlicher oder freier Trägerschaft.

Unsere Steuerpolitik ist familien- und damit kinderfreundlich.

Bildung

Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft, da wir als rohstoffarmes Land von der geistigen Kraft unserer Bürger leben.

Wir Deutsche können auf ein traditionell leistungsfähiges Bildungssystem verweisen, u.a. auf das gegliederte sowie das duale Bildungssystem.

Dies möchten wir fortführen, damit wir auch in Zukunft in Wissenschaft, Wirtschaft und Technik zu den führenden Nationen gehören.

Schulsystem

Das Schulsystem soll sich durch hohe Leistungsanforderungen, Vielfalt, Durchlässigkeit und Chancengleichheit auszeichnen.

Die AfD ist für das dreigliedrige Schulsystem und gegen eine Aushöhlung auf zwei oder gar nur einen Schultypus. Unsere Gesellschaft braucht gerade die Vielzahl an unterschiedlichen Schulabschlüssen. Nur müssen diese Abschlüsse auch etwas wert sein, d.h. ein möglichst hoher Leistungsstandard ist anzustreben.

Die AfD im Main-Taunus-Kreis tritt für das traditionelle Gymnasium ab der 5. Schulklasse ein. Gymnasien müssen als eigenständige Schulform erhalten bleiben und dürfen nicht nur ein Element der Gesamtschule sein.

Die freie Schulwahl hat nach Eignung zu erfolgen.

Eine Senkung von Leistungsanforderungen zwecks Erhöhung der Zahl der Abschlüsse lehnen wir ab.

Die Durchlässigkeit des Bildungswesens durch entsprechende Umstiegsmöglichkeiten muss gewährleistet sein. Das System des zweiten Bildungsweges hat sich bewährt und soll weiterhin gefördert werden.

Zudem streben wir Kontinuität im Bildungssystem an; Schule darf nicht zum Experimentierfeld der Bildungspolitik werden.

Wir wenden uns gegen eine Ideologisierung in den Schulen wie beispielsweise Gender-Mainstreaming oder Frühsexualerziehung.

Die Eltern haben einen Erziehungs-, die Schulen einen Bildungsauftrag.

Der Ausfall von Schulunterricht muss durch Lehrer in Springerfunktion auf ein Minimum reduziert werden.

Die Sachausstattung und die baulichen Gegebenheiten der Schulen müssen der hohen gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung entsprechen.

Ganztagsbetreuung

Um dem Bedarf von Familien nach Ganztagesbetreuung ihrer Kinder Rechnung zu tragen, ist diese qualitativ deutlich aufzuwerten. Das heißt auch, dass eine gesunde Verpflegung anzubieten ist, dass die Hausaufgabenbetreuung fachlich fundiert zu erfolgen hat und dass entsprechende Freizeitaktivitäten angeboten werden.

Die Wahlfreiheit der Erziehung daheim oder in Form von Ganztagsbetreuung soll gewahrt bleiben.

Kunst, Kultur und Breitensport

Zu einer hohen Lebensqualität der Bürger im Main-Taunus-Kreis gehört ein vielfältiges kulturelles, künstlerisches und Breitensport-Angebot.

Das bestehende Kultur- und Freizeitangebot sollte bedarfsgerecht gefördert werden.

Wir begrüßen Vereine als Ort des Austausches, in denen Gemeinschaft gelebt wird, Freundschaften gepflegt werden und der Vereinsamung der Menschen entgegengewirkt wird.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Grundversorgung der Bürger des Main-Taunus-Kreises muss wohnortnah gewährleistet sein. Eine Arbeitsteilung, aber auch Spezialisierung und Schwerpunktbildung zusammen mit Kliniken der Nachbar-

kreise bzw. Frankfurt ist dann sinnvoll, wenn es diesem Zweck dient. Im Rahmen der Fusion mit dem Klinikum Höchst hat eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung Vorrang vor dem Ziel einer effizienteren Verwaltung.

Privatisierungen können unter Beachtung der genannten Grundsätze in die Überlegungen einbezogen werden.

Umweltschutz, Verbraucherschutz, Lärmschutz

Umweltschutz

Der Schutz unserer Umwelt ist uns ein wichtiges Anliegen.

Dabei spielt die Schonung natürlicher Ressourcen eine wichtige Rolle. Dieses gilt insbesondere für den Flächenverbrauch in Form weiterer Bau- und Gewerbegebiete. Im dicht bevölkerten Main-Taunus-Kreis sollte dabei das Prinzip Bauverdichtung statt Landschaftszersiedlung gelten. Neue Baugebiete sollen daher nur sehr restriktiv ausgewiesen werden.

Wir setzen uns für den Erhalt von Naherholungsgebieten und für die Förderung des Regionalparks Rhein-Main ein.

Da unsere Region ohnehin schon durch Industrie, Verkehr und Fluglärm weit überdurchschnittlich belastet ist, lehnen wir den Bau von Windrädern auf unserem Kreisgebiet ab.

Verbraucherschutz

Der Verbraucherschutz ist von großer Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung und sichert unsere Lebensqualität.

Die zuständigen Behörden müssen personell und finanziell derart ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben vollumfänglich wahrnehmen können.

Lebensmittelkontrollen sind strikt und unangekündigt durchzuführen.

Die Ergebnisse dieser Kontrollen sind zu veröffentlichen.

Lärmschutz

Verkehrslärm aller Art, in unserer Region besonders der Fluglärm, ist gesundheitsschädigend und mindert die Lebensqualität; technisch und ökonomisch umsetzbare Lärmschutzmaßnahmen unterstützen wir deshalb ausdrücklich.



Die Möglichkeit des Lastenausgleichs ist zu prüfen und gegebenenfalls Schadenersatz zu leisten, wenn Lärmschutzmaßnahmen nicht zum Erfolg führen.

Bürokratieabbau

Verordnungen des Kreises gegenüber Kommunen und Bürgern dürfen den Handlungsspielraum der Betroffenen nicht mehr als unbedingt nötig einschränken. Auch hier ist das Prinzip der Subsidiarität geboten.

Dieser Grundsatz hat auch dann zu gelten, wenn bestehende Verordnungen überarbeitet werden. Dabei haben nicht nur die Änderungen nach obigem Grundsatz zu erfolgen; die Verordnung als Ganzes ist zu überprüfen und in diesem Sinne zu überarbeiten oder abzuschaffen.

Die Institution der Regierungspräsidien ist eine Verwaltungsinstanz auf Landesebene, die nicht durch demokratische Wahl legitimiert ist. Sie ist mit dem Ziel zu überprüfen, diese Hierarchiestufe abzuschaffen und dadurch Bürokratie abzubauen.

Finanzen

Haushalts- und Finanzpolitik ist Generationenpolitik.

Unser Ziel ist es, unseren Wohlstand für künftige Generationen zu erhalten und zu mehren. Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, auch der kommunalen, bürdet den kommenden Generationen unverantwortlich hohe Lasten auf. Die AfD strebt deshalb einen ausgeglichenen Haushalt ohne Schuldenaufnahme und ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen an. Höhere Ausgaben sind durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen auszugleichen. Sind Schulden erforderlich, dürfen diese nur für Investitionen und grundsätzlich nicht für konsumorientierte Zwecke getätigt werden.

Welche finanziellen Risiken der Kreis trägt, zeigt sich beispielsweise bei der RMD (Rhein-Main-Deponie GmbH). Diese muss im Jahresbericht 2012 ein Minus von zwei Millionen Euro eingestehen und schleppt einen Schuldenberg von mehr als 100 Millionen Euro mit sich, für den der Main-Taunus-Kreis mit über 40 Millionen Euro bürgt. Die Schulden des Kreises lagen Ende des Jahres 2014 bereits bei 728 Millionen €, das sind 3179 € pro Einwohner des Kreises.



Spekulativen Geldgeschäften der öffentlichen Hand wird die AfD nicht zustimmen, Absicherung von Risiken schon.

Führungspositionen in kommunalen Betrieben sind ausschließlich nach Qualifikation und nicht nach Parteibuch zu besetzen.

Gewinne kommunaler Betriebe müssen den Bürgern durch Gebührenreduktion zurückvergütet oder für die Schuldenreduzierung verwendet werden.

Die Bemühungen der Kommunen, das Prinzip der Konnexität -„wer bestellt soll bezahlen“- bei Bund und Land einzufordern, wird durch uns unterstützt.

Wirtschaftsförderung

Die Alternative für Deutschland erkennt in der Sozialen Marktwirtschaft die beste Möglichkeit, unseren Wohlstand zu mehren. Wir bauen deshalb auf die Kräfte des Wettbewerbs. Wir wollen den Unternehmergeist fördern und beim öffentlichen Haushalten maßhalten, weil wir nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben wollen.

Um die Zukunftsfähigkeit und Finanzkraft des Main-Taunus-Kreises zu erhalten, setzen wir uns in diesem Rahmen für Wirtschaftsförderung ein, beispielsweise in der Form von Infrastruktur-, Ausbildungs- oder Förderungsmaßnahmen zwecks Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen.

Verkehrspolitik

Gleichberechtigung der unterschiedlichen Mobilitätskonzepte

Die meisten Bürger der Region sind sowohl Autofahrer als auch Radfahrer, Fußgänger sowie Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Eine ideologiebezogene besondere Förderung eines dieser Verkehrsmittel, wie es andere Parteien fordern, lehnen wir deshalb ab.

Erhalt der Kreis- und Gemeindestraßen

Der Zustand der Kreis- und Gemeindestraßen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Die Straßeninfrastruktur verliert zunehmend an Substanz und Wert.

Die AfD fordert daher ausreichende Finanzmittel für eine zeitgerechte Instandhaltung der Kreis- und Gemeindestraßen.

Wichtige Verkehrsprojekte des Kreises

Die direkte Verkehrsanbindung des Main-Taunus-Kreises an den Frankfurter Flughafen ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Die AfD im Main-Taunus-Kreis befürwortet daher den Bau der Regionaltangente West, solange bei diesem Projekt der finanzielle Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum verkehrspolitischen Nutzen steht und die Menschen sowie die Umwelt in der Region nicht übermäßig belastet werden.

Sicherheit und Ordnung

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität gehört zu den Kernaufgaben eines Staates. Zunehmendes Unsicherheitsgefühl zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit prägt die Lebensqualität im Main-Taunus-Kreis maßgeblich mit. Die AfD strebt deshalb eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und Strafmaßnahmen einerseits sowie bürgerlichen Freiheitsrechten andererseits an.

Polizeiarbeit

Wir fordern konsequentes Vorgehen gegen alle Arten von Straftaten einschließlich aller Varianten des Extremismus und Radikalismus. An Brennpunkten muss die Videoüberwachung im öffentlichen Raum zwecks Prävention und Aufklärung möglich sein.

Der Wohnungseinbruch stellt im Main-Taunus-Kreis eine erhebliche Belastung für die Bürger dar und ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Zur effektiveren Bekämpfung dieser Kriminalität ist ein Sicherheitskonzept der Landespolizei in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie dem Präventionsrat zu erstellen.

Die Landespolizei muss flächendeckend Präsenz zeigen, insbesondere durch Erhöhung der Streifentätigkeit vor Ort. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine weitere Schließung von Polizeistationen abgelehnt. Gegenüber der Landesregierung müssen die Sicherheitsanliegen des Kreises offensiv von diesem vertreten werden. Der Einsatz von Stadtpolizeien und privaten Sicherheitsdiensten kann nur als Ergänzung zur Arbeit der Landespolizei gesehen werden und darf und kann diese nicht ersetzen.

Die Bürger sollen ohne Angst vor Kriminalität leben können.

Feuerwehr

Ein weiterer wichtiger Baustein öffentlicher Sicherheit ist die Arbeit der Feuerwehr.

Die Freiwilligen Feuerwehren leiden zunehmend unter Personalmangel.

Um die Reaktionsschnelligkeit und Qualität der Arbeit der Feuerwehren zu gewährleisten, ist die Zweckmäßigkeit der Erhöhung des Anteils bezahlten Personals zu prüfen.

Zugleich sollte das ehrenamtliche Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr stärker gefördert und belohnt werden - beispielsweise durch finanzielle Anreize.

Die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten durch Rettungsdienste und Feuerwehren ist zu fördern, da die damit verbundenen Synergieeffekte zu Kosteneinsparungen führen.

Immigration und Integration

Die wachsende Zahl von Immigranten überfordert Staat und Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, vom Bund bis zu den Kommunen. Tatsächlichen Kriegsflüchtlingen ist kurzfristig Hilfe zu gewähren, aber keine Gesellschaft ist unbegrenzt aufnahme- und integrationsfähig. Wenn mit dem Ende der Konfliktsituation in deren Heimatregion der Fluchtgrund wegfällt, sind diese zurückzuführen.

Neben der langfristigen Bekämpfung der Wanderungs- und Fluchtursachen muss kurzfristig eine Begrenzung der Zuwanderung erreicht werden.

Grundsätzlich richtet sich unsere Kritik nicht gegen die Immigranten, die nur ihre Chance wahrnehmen, sondern gegen die Rechtsbeugung und das Versagen der gegenwärtigen Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen.

Die AfD fordert, das geltende Recht im Ausländer- und Asylrecht wieder strikt anzuwenden.

Wir sind dagegen, dass die finanziellen Lasten, die durch die Zuweisung von Immigranten verursacht werden, zu einem großen Teil von den Kommunen und Landkreisen getragen werden. Diese Kosten sind nach dem Konnexitätsprinzip durch den Bund vollständig zu ersetzen.

Eine Bevorzugung von Immigranten bei der Vergabe von Sozialwohnungen, Kindergartenplätzen etc. lehnen wir grundsätzlich ab, da diese Entwicklung zu sozialen Spannungen führt.

Eine mögliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs durch Kinder, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, ist nicht hinnehmbar und muss durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden.

Auch die langfristige oder dauerhafte Einschränkung der Rechte der einheimischen Bevölkerung zu Gunsten von Immigranten, wie beispielsweise die zweckentfremdete Nutzung von Turnhallen, Requirierung von Wohnungen etc., weisen wir entschieden zurück.